

Antrag: Gegendarstellung zur Pressemitteilung des UStA der Universität Karlsruhe am 19. September 2007

Die am 19. September 2007 vom UStA der Universität Karlsruhe herausgegebene Pressemitteilung zum Thema „Eppelheimer Modell“ widerspricht den Beschlüssen des Studierendenparlaments vom 16. November 2004. Der UStA der Universität Karlsruhe wird hiermit aufgefordert schnellstmöglich eine Gegendarstellung zu veröffentlichen.

Begründung:

Aufgrund des Beschlusses vom 16. November 2004

Beschluss vom 16. November 2004 (Auszug):

...

1. *Für ein gebührenfreies Bildungssystem ohne soziale Selektion Studiengebühren sind aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Gründen abzulehnen. Sie lösen kein einziges der derzeitigen Probleme sondern verschärfen die Krise des Bildungssystems. Studiengebühren bedeuten die Privatisierung individueller Bildungschancen und -risiken und werden die soziale Selektivität des Bildungssystems weiter verschärfen. Zudem befördern sie eine KundInnenmentalität, die zu einem entsolidarisierten Studierverhalten und der einseitigen Ausrichtung des Studiums an ökonomischen Verwertbarkeitskriterien führen. Daher fordern wir Studierende ein umfassendes Verbot von Gebühren und eine bedarfsdeckende öffentliche Finanzierung von Bildungseinrichtungen, die als öffentliche Aufgabe zu betrachten sind. Zudem fordern wir Maßnahmen auf allen Ebenen des Bildungssystems, einschließlich des Schul- und Weiterbildungssektors, die die soziale Schieflage beseitigen und mehr Menschen aus sogenannten bildungsfernen Schichten den Zugang zu Bildung ermöglichen.*

...

muss der UStA der Universität Karlsruhe das „Eppelheimer Modell“ ablehnen.

Der Vorschlag vom „Eppelheimer Modell“ (übrigens von der CDU-Fraktion in den Karlsruher Gemeinderat eingebracht) blendet die Befürchtungen von Sozialverbänden, Gewerkschaften und Studierendenverbänden aus. Durch dieses Modell werden die sozialen Auswirkungen von Studiengebühren unter den Tisch gekehrt. Finanziell schwache Studierende werden sich gezwungen sehen, die Arbeiten anzunehmen, während andere KommilitonInnen dies nicht müssen. Die negativen Folgen von Studiengebühren werden auf diese Art verschleiert, wodurch gleichzeitig Tür und Tor geöffnet werden für weitere soziale und finanzielle Hürden. Für die Studierenden ist nicht die eigene Motivation Grund, sich sozialen Aufgaben zu widmen, sondern der schlichte Faktor, dass dies die einzige Möglichkeit sein wird, ein Studium aufzunehmen. Dies wird sich negativ auf die Art und Qualität der Arbeit auswirken. Außerdem werden studentische BilligarbeiterInnen so reguläre ArbeitnehmerInnen vom Jobmarkt verdrängen. Wer mit der angeblich vertretbaren, „niedrigen“ Anzahl von Arbeitsstunden (60 h) argumentiert, dem muss klar sein, dass diese bei der zu erwartenden Erhöhung der Studiengebühren ebenfalls steigen werden und o. g. Mißverhältnisse maßgeblich exponieren werden. Argumentationen wie die des „Eppelheimer Modells“ mit einer angeblichen „Sozialverträglichkeit“ sind gefährlich. Sie öffnen einer schleichenden Akzeptanz von Studiengebühren den Weg.

Aus dem oben zitierten Beschluss vom 16. November 2004 geht eine unmissverständliche Ablehnung von Studiengebühren hervor, nicht aber deren Förderung und Legitimierung. Vielmehr muss studentische Politik erreichen, dass immer mehr, statt immer weniger Menschen ein Studium beginnen können, und dass mit gleichen Chancen und unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, sowie ihrer persönlichen Vermögensverhältnisse.

Anhang:

Pressemitteilung des UStA vom 19. September 2007:

Eppelheimer Modell auch für Karlsruher Studierende?

Der Unabhängige Studierendenausschuss (UStA) der Universität Karlsruhe begrüßt die aktuelle Diskussion im Gemeinderat der Stadt Karlsruhe über das sogenannte "Eppelheimer Modell". Der UStA sieht in der Übernahme der Studiengebühren durch die Kommunen und die folgende Abarbeitung in öffentlichen Bereichen keine "Zwangsarbeit". Zum einen ist dieses Angebot freiwillig und zum anderen besteht schon allein durch die bloße Existenz von Studiengebühren die Notwendigkeit für Studierende, wirtschaftlich tätig zu werden.

Nicht das Eppelheimer Modell ist zu kritisieren, vielmehr die Einführung der Studiengebühren an sich. Studierende, die sich durch Jobs, egal ob bei der Stadt oder bei anderen Arbeitgebern, ihren Existenzunterhalt verdienen müssen, haben weniger Zeit für ihre eigentliche Hauptbeschäftigung – das Studium. Dadurch erhöht sich zwangsläufig die Studiendauer, was sowohl persönlich als auch volkswirtschaftlich unerwünscht ist.

Dass Politiker über die Studiengebührenübernahme durch Kommunen beraten, zeigt, dass Studiengebühren alles andere als sozial verträglich sind. Sie bestätigen durch ihre Überlegungen den gestiegenen Finanzierungsbedarf der Studierenden. Der UStA begrüßt, dass diese Tatsache inzwischen in den Köpfen der Entscheidungsträger angelangt zu sein scheint und hofft, die Kommunalpolitiker davon überzeugen zu können, auf Landesebene gegen Studiengebühren einzutreten.

Artikel in ka-news vom 20. September 2007:

Gemeinderat berät über Eppelheimer Modell

Karlsruhe - Der Unabhängige Studierendenausschuss (Usta) der Universität Karlsruhe begrüßt die Diskussion im Gemeinderat der Stadt Karlsruhe um die Einführung des sogenannten "Eppelheimer Modells" ([ka-news berichtete](#)). Die Stadt Eppelheim bietet Studenten an, sich die 500 Euro Studiengebühren durch gemeinnützige Arbeit zu verdienen. Im Gegensatz zu den Jusos, die das Modell als "Ausbeutung finanzschwacher Studenten" geißelten ([ka-news berichtete](#)) sieht der Usta vor allem die positiven Seiten der Idee: Zum einen ist die Arbeit freiwillig, zum anderen seien die Studierenden ja schon allein durch die bloße Existenz der Gebühren gezwungen wirtschaftlich aktiv zu werden. Deswegen kritisiert der Usta auch die Einführung der Studiengebühren und nicht das Eppelheimer Modell. Denn Studenten, die nebenbei arbeiten um sich den Lebensunterhalt zu verdienen, hätten weniger Zeit für das Studium, das sich dadurch verlängert, was sich auch volkswirtschaftlich negativ auswirkt. (ps/tdo)